

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend
die Einsetzung einer Untersuchungskommission zum System der
Gemeindeaufsicht

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Zur Untersuchung der durch den Landesrechnungshof aufgezeigten Missstände im Zusammenhang mit dem System der Gemeindeaufsicht setzt der Oö. Landtag eine Untersuchungskommission gemäß § 51 Oö. Landtagsgeschäftsordnung ein.

Insbesondere ist zu klären, wie Entscheidungen durch das Zusammenwirken von Landespolitik und Landesverwaltung untereinander sowie jeweils mit der Gemeindeebene zustande gekommen sind und wer dafür die Verantwortung auf politischer und Verwaltungsebene trägt.

Begründung

Am 12. Jänner 2018 wurde der Bericht des Oö. Landesrechnungshofes betreffend das System der Gemeindeaufsicht (Beilage 5077/2018) veröffentlicht. Dieser Bericht beinhaltet schwerwiegende Kritikpunkte und zeigt ein System des Zusammenwirkens von Politik und Verwaltung in manchen Bereichen, das viele Fragen aufwirft, die mit den Prüfmöglichkeiten des Landesrechnungshofs nicht geklärt werden können.

Neben nunmehr in diesem Zusammenhang bereits eingeleiteten gerichtlichen Ermittlungen gilt es auch, die politische Verantwortung zu klären.

Um das Vertrauen der Bevölkerung wiederherzustellen, sollen die in der Sonderprüfung des Landesrechnungshofs bekannt gewordenen Vorkommnisse vorbehaltlos aufgeklärt und die Frage nach der Verantwortung beantwortet werden. Zu klären ist etwa, inwieweit die Prüfer und Prüferinnen der Gemeindeaufsicht bei ihren Prüfungen unbeeinflusst handeln können, ob es z. B. Weisungen von zuständigen Regierungsmitgliedern mit richtlinienwidrigem oder sachlich ungerechtfertigtem Inhalt gab bzw. ob durch unzuständige Regierungsmitglieder Einfluss genommen wurde, wer die Verantwortung für Korrekturen und inhaltliche Veränderungen von Kontrollberichten bis zur endgültigen Übermittlung an die jeweilige Gemeinde trägt, welche Prüfungs- und Dokumentationsstandards angewendet werden oder welche gegenseitigen Informationen und Vereinbarungen - etwa über Sanktionen oder Berichtsänderungen – es zwischen den jeweiligen Gemeindereferenten gab.

Linz, am 22. Jänner 2018

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Buchmayr, Böker, Mayr, Schwarz

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Peutlberger-Naderer, Weichsler-Hauer, Müllner, Rippl, Punkenhofer, Bauer, Promberger, Schaller, Binder, Krenn